

Große Anfrage

**der Abgeordneten Schulte (Menden), Tatge, Vogel (München), Bueb und der
Fraktion DIE GRÜNEN**

Neue schwere Bedenken gegen die Genehmigung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zur Gewinnung von Uran und Plutonium

In Kürze soll die erste Teilerrichtungsgenehmigung für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf erteilt werden, dem wohl gefährlichsten und umstrittensten Atomprojekt in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Anlage ist für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland vollkommen überflüssig. Auch in den Stellungnahmen der CDU und des Bundesinnenministers zur Grundsatzentscheidung der Bundesregierung zugunsten der WAA vom 23. Januar 1985 kam zum Ausdruck, daß die Energiewirtschaft dem Milliardenprojekt einer WAA eher distanziert gegenüberstand und erst via Anordnung aus Bonn zum Bau dieser WAA verpflichtet wurde. („Nun kann sich die DWK nicht mehr herausreden“, so die CDU in ihrer Erklärung vom 23. Januar 1985).

Die Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Forschung und Technologie am 27. März 1985 ergab darüber hinaus, daß die WAA auch zur Lösung des Atommüllentsorgungsproblems nichts beiträgt und sich bezüglich der langfristigen Sicherheit eines zukünftigen Atommüllendlagers bestenfalls neutral verhält.

Eine mögliche spätere militärische Nutzung des in der WAA Wackersdorf abgetrennten Plutoniums kann in Verbindung mit der Schnellen Brüter-Technik bzw. der Technik der Laserisotopentrennung jedoch keinesfalls ausgeschlossen werden.

Wir fragen angesichts stark zunehmender Proteste und Widerstände der Oberpfälzer Bevölkerung gegen die WAA Wackersdorf und vor dem Hintergrund neuer alarmierender wissenschaftlicher Erkenntnisse die Bundesregierung:

1. Fragen zur sogenannten Entsorgung

- 1.1 Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung mehrerer Sachverständiger anlässlich der Anhörung des Ausschusses für Forschung und Technologie „Wiederaufarbeitung und/oder Endlagerung“, wonach der entscheidende

Schritt bei der sog. Entsorgung die Atommüllendlagerung sei [Traube, Hirsch, Salander (DWK)] und die WAA daher keinen Beitrag zur Entsorgung leiste?

- 1.2 Gibt es derzeit eine genehmigungsfähige Endlagerung der Abfälle, die bei der WAA anfallen?
- 1.3 Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die jüngst vorgelegten Vorschläge des Deutschen Atomforums nach Versenkung einiger in der WAA Wackersdorf anfallender Atommüllabfälle im Meer verwirklicht werden?

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Vorschläge, und ist sie bereit, sich von diesem Vorstoß des Deutschen Atomforums zu distanzieren?
- 1.4 In welchem Umfang ändert sich durch die WAA Wackersdorf das Volumen der radioaktiven Abfälle, die endgelagert werden müssen, im Vergleich zur „Direkten Endlagerung“?

II. Radioökologie

- 2.1.1 Sind die Windverhältnisse in der Oberpfalz bekannt, um damit Aussagen über die mögliche Strahlenbelastung in der Umgebung der WAA Wackersdorf machen zu können?
- 2.1.2 Ist bei den Ausbreitungsrechnungen für Radionuklide aus der WAA berücksichtigt worden, daß in dieser Region wesentlich mehr Nebeltage im Jahr vorliegen als in anderen Regionen?

Ist in der Oberpfalz mit einem im Vergleich zu anderen Regionen erhöhten Schadstoffeintrag durch Schnee zu rechnen?
- 2.1.3 Können gesundheitliche Schäden nach dem Verzehr von Nahrungsmitteln mit einem hohen Anreicherungsgrad wie Frischpilze, Rettich, Karotten oder Honig, die den aus der WAA austretenden Radionukliden ausgesetzt sein werden, auf alle Fälle ausgeschlossen werden?
- 2.1.4 Wie hoch sind die Verzehrsmengen wichtiger Nahrungsmittel wie Trinkwasser, Fisch, Milchprodukte, Fleischwaren, Wurzelgemüse, Blattgemüse und Obst bei den Oberpfälzern pro Jahr?
- 2.1.5 Kann bei Störfällen gemäß Störfalleitlinien durch den im Vergleich mit anderen Regionen zum Teil erheblich höheren Verzehr dieser Produkte eine Überschreitung der zulässigen Dosiswerte bei der Nahrungsaufnahme ausgeschlossen werden?
- 2.2 *Resuspension* (Aufwirbelung von Radionukliden in bodennahe Luft)
 - 2.2.1 Sind der Bundesregierung Messungen aus den USA bekannt, die den Einfluß der Resuspension auf die Plutoniumkonzentration in der Luft während der maschinellen Bodenbearbeitung in der Landwirtschaft untersuchen?

2.2.2 Um welchen Faktor steigt die maximale Plutoniumkonzentration durch Resuspension auf einem Traktor in der Hauptwindrichtung z. B. der WAA Savannah River Plant?

2.2.3 Um welchen Faktor steigt die Strahlenbelastung für einen Bauern, der z. B. 800 Stunden im Jahr diese maximale Plutoniumkonzentration einatmet?

2.2.4 Welche Strahlenmengen, aufgeschlüsselt nach Radionukliden, wurden während des Brandes in der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe am 1. September 1985 an die Umgebung abgegeben?

2.3 *Neuere Erkenntnisse bei einer Untersuchung von Atomarbeitern in England* (vgl. „British Medical Journal“, August 1985)

2.3.1 Sind der Bundesregierung die Ergebnisse einer Studie bekannt, wonach bei 1 000 untersuchten Atomarbeitern die Anzahl der an Prostatakrebs Verstorbenen viermal höher liegt als im nationalen Durchschnitt?

2.3.2 Wie bewertet die Bundesregierung diese Studie insbesondere unter dem Aspekt, daß darin auch die Zahl der tödlichen Erkrankungen an Eierstöcken und Blasenkrebs von in Atomanlagen beschäftigten Frauen wesentlich höher liegt, als im Durchschnitt?

2.3.3 Sieht sich die Bundesregierung durch die Ergebnisse dieser Studien zu einer Überprüfung der Dosisgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung veranlaßt?

2.4 *Radioaktive Emissionen aus der WAA und Waldsterben*

2.4.1 Sind die Aussagen des Direktors des Instituts für chemische Pflanzenphysiologie der Universität Tübingen, Prof. G. Metzner, zutreffend, wonach der Umfang und die Wirkung der aus Atomanlagen freigesetzten radioaktiven Isotope der Edelgase und ihr Anteil bei der Bildung des äußerst pflanzenschädlichen Ozons bei den bisherigen offiziellen Stellungnahmen zum Thema Atomkraft und Waldsterben unterschätzt bzw. vernachlässigt worden sind?

2.4.2 Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse einer Studie von Prof. G. Metzner, wonach durch den Betrieb der WAA Wackersdorf jährlich 440 t Ozon entstehen, die im Umkreis von 10 km zu einer Erhöhung der Ozonkonzentration um den Faktor 100 000 führen werden?

2.4.3 Hält die Bundesregierung auch nach den neuen Erkenntnissen von Prof. G. Metzner an ihrer Haltung fest, im Hinblick auf einen Zusammenhang zwischen Waldsterben und Kernenergie sei für sie „kein weiterer Forschungsbedarf erkennbar“? Falls nein, in welchem Umfang und mit welcher Zielsetzung gedenkt sie, diesbezügliche Forschungsarbeiten zu veranlassen?

- 2.4.4 Gedenkt die Bundesregierung auch weiterhin auf eine Kryptonrückhaltung zu verzichten? Hält sie dies vereinbar mit dem Atomgesetz?

*III. Militärische Verfügbarkeit und Proliferationsrisiken
der WAA Wackersdorf*

- 3.1 Ist es zutreffend, daß bei dem vorgesehenen Betrieb der WAA Wackersdorf pro Jahr 5 000 kg Plutonium abgetrennt werden? Falls nein, wieviel Kilogramm Plutonium sollen jährlich in der WAA Wackersdorf abgetrennt werden?
- 3.2 Ist es zutreffend, daß das in Wackersdorf abgetrennte Reaktorplutonium mit Hilfe der Schnellen Brüter oder über eine Anreicherung von Plutonium 239 per Laserstrahlung in hochgradig waffentaugliches Plutonium umgewandelt werden kann?
- 3.3 In welchem Jahr wird der Bundesrepublik Deutschland die derzeit auch durch den Bundesforschungsminister geförderte Technik der Anreicherung durch Laserstrahlung voraussichtlich zur Verfügung stehen?
- 3.4 Ist es richtig, daß bei einer WAA mit einem Durchsatz von 1 000 Tonnen bezüglich des Plutoniums „damit zu rechnen (ist), daß die Unsicherheiten für die Jahresbilanz auf Werte um 100 kg anwachsen“ (so der Atomphysiker Wolf Häfele in „Spektrum der Wissenschaft“, Februar 1985)?
- 3.5 Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach den Werten von Wolf Häfele (a. a. O.) in der WAA Wackersdorf bei einem jährlichen Durchsatz von 500 Tonnen pro Jahr sich jährlich der Verbleib von ca. 50 kg Plutonium den Kenntnissen der Kontrollbehörden vollkommen entziehen wird?
- 3.6 Gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser Tatsache an der Position festzuhalten, wonach sich das Risiko einer Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die geplante WAA in Wackersdorf nicht erhöht?

Bonn, den 10. September 1985

Schulte (Menden)

Tatge

Vogel (München)

Bueb

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion